

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	17
Einleitung und Problemaufriss.....	23
1. Kapitel: Die Vereinsautonomie und ihre Schranken im deutschen Recht .....	29
I. Der Verein.....	29
1. Definition.....	29
2. Wesen des Vereins .....	30
3. Abgrenzungen für den weiteren Verlauf der Untersuchung.....	30
a) Keine Untersuchung wirtschaftlicher und nicht eingetragener Vereine .....	30
b) Sportvereine und -verbände, die als Kapitalgesellschaften organisiert sind.....	31
c) Ausländische Vereine und Verbände .....	33
II. Der Verband .....	34
1. Definition.....	34
a) Interdisziplinäre Relevanz des Begriffes.....	34
b) Vereinsrechtliche Definitionsmöglichkeiten .....	34
2. Mögliche Verbandszwecke .....	35
III. Die Vereinsautonomie .....	36
1. Begriffsdefinition .....	36
a) Begriffsdefinitionen außerhalb des Vereinsrechts .....	37
aa) Völkerrechtliche Bedeutung.....	37
bb) Öffentlich-rechtliche Bedeutung.....	37
b) Privat- und vereinsrechtliche Definition .....	39
c) Vergleich der Definitionen .....	39
2. Sinn einer autonomen Rechtsgestaltung.....	40
3. Rechtsgrundlagen der Vereinsautonomie.....	41
a) Privatrechtliche Begründungsansätze.....	42
aa) Einfachrechtlicher Begründungsansatz aus §§ 25, 40 BGB .....	42
bb) Gewohnheitsrechtlicher Begründungsansatz .....	43
cc) Abstellen auf die Privatautonomie.....	44
b) Verfassungsrechtlicher Begründungsansatz .....	45
c) Art. 9 Abs. 1 GG als maßgeblicher Anknüpfungspunkt für die Vereins-autonomie .....	47

<b>IV. Formen der Vereinsautonomie.....</b>	<b>50</b>
1. Allgemeines.....	51
2. Satzungsautonomie .....	52
a) Begriff der Satzung.....	52
b) Rechtsnatur der Satzung .....	54
aa) Normentheorie und modifizierte Normentheorie .....	55
bb) Vertragstheorie .....	56
cc) Argumente .....	57
dd) Folgerungen .....	57
c) Wirkungen von Satzungsbestimmungen auf Dritte.....	58
3. Maßnahmen der Selbstverwaltung.....	61
<b>V. Grenzen der Vereinsautonomie.....</b>	<b>63</b>
1. Verfassungsrechtliche Schranken der Vereinigungsfreiheit .....	63
2. Einfachrechtliche Grenzen einzelner Vereinstätigkeiten und gerichtliche Kontrolldichte im Bereich des allgemeinen Zivilrechts .....	65
a) Rechtshistorischer Rückblick.....	65
b) Aktueller Stand der Rechtsprechung .....	67
aa) Vereinsstrafen und Vereinsausschluss.....	67
bb) Aufnahmewang .....	68
cc) Inhaltskontrolle von Satzungsbestimmungen gemäß § 242 BGB und AGB-Recht .....	69
dd) Ausschluss des Rechtswegs zu staatlichen Gerichten.....	70
c) Auffassungen in der Literatur zu den Grenzen der Vereinsautonomie .....	71
aa) Ursprüngliche Normentheorie .....	72
bb) Vertragstheorie .....	72
cc) Einordnung der Auffassungen von BGH und überwiegender Lehre .....	73
d) Vergleich mit dem öffentlichen Recht.....	74
e) Kritische Würdigung und Folgerungen für den weiteren Verlauf der Untersuchung.....	76
aa) Maßgeblichkeit des Art. 9 Abs. 1 GG ohne einfachrechtliche Ausgestaltung.....	76
bb) Konsequenzen der verfassungsrechtlichen Sicht .....	78

cc) Anwendbarkeit der rechtsgeschäftlichen Normen.....	80
dd) Konzeption für die Fälle der Gesetzeswidrigkeit .....	81
ee) Vergleich dieser Auffassung mit den Gründen und Ergebnissen in der Rechtsprechung .....	82
(1) Aufnahme von Vereinen in Verbände .....	82
(2) Ausbildungsschädigungen im Amateurfußball.....	83
(3) Transferentschädigungen bei vertragslosen Spielern .....	85
(4) Überprüfung von Nominierungen zu internationalen Wettkämpfen .....	87
<b>VI. Zusammenfassung.....</b>	<b>88</b>
<b>2. Kapitel: Die Gewährleistung der Vereinsautonomie im europäischen Recht .....</b>	<b>91</b>
<b>I. Die Vereinsautonomie nach der EMRK .....</b>	<b>92</b>
<b>1. Schutzbereich .....</b>	<b>92</b>
a) Persönlicher Schutzbereich.....	92
b) Sachlicher Schutzbereich .....	93
<b>2. Grenzen der Vereinsautonomie.....</b>	<b>95</b>
<b>3. Schutzpflichten und Drittirkung.....</b>	<b>96</b>
<b>4. Vergleich mit und Folgerungen für das nationale Recht .....</b>	<b>97</b>
<b>II. Die Vereinsautonomie im Unionsrecht.....</b>	<b>98</b>
<b>1. Grundrechtliche Gewährleistung.....</b>	<b>98</b>
a) Art. 12 Abs. 1 GRC.....	99
aa) Schutzbereich .....	100
(1) Sachlicher Schutzbereich .....	100
(2) Vereinsautonomie als Teil des Schutzbereichs der Vereinigungsfreiheit ..	100
(a) Standpunkt des EuGH .....	101
(b) Ansätze in der Literatur .....	102
(c) Ergebnis .....	103
bb) Rechtfertigung von Eingriffen nach der Grundrechtecharta.....	103
b) Die Vereinigungsfreiheit aus den ungeschriebenen EU-Grundrechten .....	104
c) Wirkung der Gemeinschaftsgrundrechte im Verhältnis zwischen Privaten.....	105
d) Einzelne Fälle aus der Rechtsprechung des EuGH (mit Bezug zur Vereinsautonomie) .....	106
(1) Bosman-Urteil.....	107

(2) Deliège-Urteile .....	108
(3) Lehtonen-Urteil .....	109
(4) Bernard-Urteil .....	110
(5) Weitere Urteile mit Vereinsbezug .....	112
e) Folgerungen und Einbau in ein konsistentes System .....	112
2. Die besonderen Belange des Sports .....	116
a) Wortlaut .....	117
aa) Art. 165 AEUV als Förderkompetenz der Gemeinschaft .....	117
bb) Berücksichtigung der besonderen Merkmale des Sports .....	117
b) Systematik .....	120
c) Historie und Wille der Vertragsstaaten .....	121
d) Telos .....	122
e) Ergebnis .....	123
III. Zusammenfassung und Folgerung .....	124
3. Kapitel: Vereinsautonomie und Außenverhältnis .....	127
I. Problemaufriss .....	127
1. Verhältnis des Verein zu seinen Mitgliedern .....	128
2. Verhältnis des Vereins nach außen .....	129
3. Konsequenzen .....	131
II. Eigener Lösungsansatz .....	137
1. Allgemeines .....	137
2. Kriterien der Einordnung .....	138
3. Die drei Stufen vereinsautonomer Berührungspunkte .....	139
a) Vereinsautonome Sachverhalte im engeren Sinn (Kernbereich) .....	139
b) Vereinsautonome Sachverhalte im weiteren Sinne .....	142
c) Sachverhalte des allgemeinen Rechtsverkehrs mit vereinsautonomer Motivation .....	146
4. Mögliche Kritik an dem Drei-Stufen-Modell .....	150
5. Rechtliche Folgerungen der Stufentheorie .....	152
III. Zusammenfassung der Ergebnisse .....	154

<b>4. Kapitel: Kartellrechtliche Beschränkungen der Vereinsautonomie .....</b>	<b>157</b>
I. Kartellrecht als Beschränkungsmöglichkeit der Vereinsautonomie.....	157
1. Schutzgut des Kartellrechts .....	158
a) Schutz des Wettbewerbs vor Beschränkungen als Ziel des Kartellrechts .....	158
aa) Begriff des Wettbewerbs .....	158
bb) Schutzwürdigkeit des Wettbewerbs und der „more economic approach“ ..	163
b) Abgrenzungen zu anderen Regelungsmaterien.....	166
aa) Kartellrecht und Lauterkeitsrecht .....	166
bb) Sektorale Regelungsbereiche.....	168
c) Freier Wettbewerb und Wettbewerbsfreiheit .....	169
2. Die Zielsetzung des Kartellrechts als Schranke des Art. 9 Abs. 1 GG .....	173
a) Der freie Wettbewerb als verfassungsrechtlich geschütztes Gut?.....	175
b) Keine Anwendung auf unionsrechtliche Sachverhalte .....	176
c) Rechtslage nach der Harmonisierung im Rahmen der 7. GWB-Novelle .....	177
3. Die Zielsetzung des Kartellrechts als Schranke des Art. 12 GRC .....	179
a) Einschränkungen nach der Grundrechtecharta .....	180
aa) Schutz des freien Wettbewerbs als Institution.....	181
bb) Schutz der Wettbewerbsfreiheit .....	185
(1) Die Grundfreiheiten als „Rechte anderer“ .....	185
(2) Die grundrechtliche wirtschaftliche Betätigungsfreiheit.....	186
b) Einschränkungen nach den ungeschriebenen Unionsgrundrechten .....	191
4. Ergebnis .....	191
<b>II. Anwendbarkeit des Kartellrechts auf Vereine.....</b>	<b>192</b>
1. Die räumliche Anwendbarkeit des deutschen und europäischen <b>Kartellrechts</b> und deren Verhältnis zueinander .....	192
a) Die generellen Regelungen zur räumlichen Anwendbarkeit .....	192
b) Folgerungen für die Anwendbarkeit des Kartellrechts auf Tätigkeiten deutscher Idealvereine .....	195
c) Regelungen zur Kollision von europäischem und nationalem Kartellrecht.....	198
2. Die sachlich-persönliche Anwendbarkeit: Vereine als Unternehmen im Sinne des Kartellrechts.....	199
a) Ausgangslage im Unionsrecht .....	199

b) Ausgangslage im deutschen Recht .....	202
aa) Herkömmlicher Unternehmensbegriff des GWB .....	202
bb) Einfluss des europäischen Rechts auf den Unternehmensbegriff des GWB?.....	202
c) Einordnung der Idealvereine als Unternehmen im Sinne des Kartellrechts .....	205
aa) Die Grundsätze .....	206
bb) Das Problem rein nachfragender Tätigkeiten .....	207
cc) Die Abgrenzung von rein ideellen Zwecken .....	209
dd) Vereinsmitglieder als Unternehmen .....	210
ee) Verbände als Unternehmensvereinigungen oder Unternehmen .....	211
3. Bereichsausnahmen zugunsten der Vereinsautonomie? .....	213
a) Problemstellung .....	213
b) Vergleich mit anderen Tätigkeiten, die nicht den Wettbewerbsregeln unterfallen .....	215
aa) Landwirtschaft.....	215
bb) Preisbindung bei Zeitungen und Zeitschriften.....	216
cc) Tarifverträge .....	216
dd) Tätigkeiten auf sozialem Gebiet.....	220
ee) Folgerungen .....	225
c) Diskussionen um eine generelle Bereichsausnahme für den Sport.....	228
d) Die Regelung des § 31 GWB a.F.....	234
e) Übertragung auf alle Idealvereine und Einbau der Drei-Stufen-Theorie .....	236
4. Zusammenfassung.....	240
5. Kapitel: Die einzelnen Kartellrechtstatbestände im Lichte der Vereinsautonomie .....	243
I. Fallgruppe des Kartellverbots, Art. 101 AEUV und § 1 GWB .....	243
1. Der Tatbestand des Kartellverbots .....	243
a) Die Maßnahmen der Wettbewerbsbeschränkung.....	244
aa) Vereinbarungen zwischen Unternehmen .....	244
bb) Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen.....	245
cc) Abgestimmte Verhaltensweisen .....	246
dd) Anwendung auf Vereinstätigkeiten .....	247
b) Die Wettbewerbsbeschränkung und ihre Spürbarkeit.....	249

<b>2. Tatbestandsrestriktionen oder Rechtfertigung aufgrund der Vereinsautonomie?</b> .....	252
a) Allgemeines.....	252
b) Die sog. rule of reason .....	252
c) Mögliche Übertragung der Gedanken der konzerninternen Beschränkungen und der Arbeitsgemeinschaften .....	254
d) Die Beachtung außerwettbewerblicher Zielsetzungen im Kartellrecht .....	256
aa) Die Zulässigkeit der Geltendmachung außerwettbewerblicher Gründe.....	257
bb) Tatbestandsrestriktion aufgrund des Immanenzgedankens .....	258
cc) Der Freistellungstatbestand .....	261
dd) Die Vorzüge einer Rechtfertigungslösung.....	262
e) Einbau der Drei-Stufen-Theorie in den Abwägungsvorgang.....	265
<b>3. Die Regelungen zu Dopingvergehen im Sport.....</b>	266
<b>4. Die zentrale Vermarktung von Fernsehrechten im Sport.....</b>	270
a) Die Ausgangslage.....	270
b) Die Frage des Rechteinhabers und die Folgerung für das Vorliegen einer Wettbewerbsbeschränkung.....	272
aa) Die Inhaberschaft an den Übertragungsrechten .....	272
bb) Die Folgerungen aus der gemeinsamen Inhaberschaft .....	275
(1) Die Single-Entity-Theorie und die Frage des Konzernprivilegs .....	275
(2) Das Vorliegen einer BGB-Gesellschaft.....	277
(3) Die Annahme einer Bruchteilsgemeinschaft.....	278
(4) Ergebnis.....	279
c) Die Frage der Wettbewerbsbeschränkung und ihre Rechtfertigung .....	279
aa) Die Wettbewerbsbeschränkung und die Definition der relevanten Märkte .....	279
bb) Modelle zur Einschränkbarkeit der Annahme einer Wettbewerbsbeschränkung.....	282
cc) Die Lösung über Art. 101 Abs. 3 AEUV bzw. § 2 Abs. 1 GWB .....	284
dd) Der ungeschriebene Rechtfertigungsgrund aufgrund der Vereinsautonomie.....	288
<b>5. Zusammenfassung.....</b>	289

<b>II. Fallgruppe der Missbrauchskontrolle.....</b>	<b>290</b>
1. Der Regelungszweck und die Tatbestände der Missbrauchskontrolle .....	290
a) Marktmacht und Marktabgrenzungen.....	291
aa) Allgemeines.....	291
bb) Besonderheiten der Verbandsstrukturen .....	293
b) Die missbräuchlichen Verhaltensweisen.....	298
aa) Allgemeines sowie die Missbrauchstatbestände von Art. 102 AEUV und § 19 GWB.....	298
bb) Die weiteren verbotenen Verhaltensweisen nach dem GWB .....	300
cc) Platz für ideelle Zielsetzungen in diese Grundsätze .....	302
c) Die geschützten Personenkreise .....	302
2. Die Beachtung ideeller Zwecksetzungen bei der Missbrauchskontrolle.....	303
a) Die allgemeinen Rechtfertigungsmöglichkeiten .....	303
b) Die Zulässigkeit der Beachtung außerwettbewerblicher Rechtfertigungs- gründe.....	305
c) Die systematische Stellung ideeller Rechtfertigungsmöglichkeiten in der Missbrauchsaufsicht .....	306
3. Betrachtung anhand der in der Einleitung aufgeworfenen Fallgestaltungen .....	309
a) Zulassungsentscheidungen.....	309
b) Erbringung von Vereinsleistungen .....	312
c) Verbandsorganisation .....	314
4. Die Fälle des Aufnahmefzwangs.....	316
a) Persönlicher Anwendungsbereich .....	317
b) Interessensabwägung im Einzelfall .....	319
c) Beispiele aus der Rechtsprechung.....	323
d) Geltung der vorgenannten Grundsätze auch für Ausschlüsse .....	325
5. Zusammenfassung.....	325
<b>III. Fusionskontrolle .....</b>	<b>326</b>
<b>IV. Beweislastverteilung bei ideellen Rechtfertigungen .....</b>	<b>327</b>
<b>6. Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeit .....</b>	<b>331</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>337</b>